



Pawel Czerwinski/Unsplash

BREXIT-DEAL: DEMOKRATISCHE KONTROLLE BLEIBT AUF DER STRECKE

Verhandlungsweise und Ergebnis unterminieren parlamentarische Kontrolle der Handelsbeziehungen

Der Brexit-Deal zwischen der EU und Großbritannien war bis zur letzten Minute hart umkämpft. Seit Weihnachten 2020 steht das Abkommen. Es kommt bereits „vorläufig“ zur Anwendung, da alle Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie die britische Regierung ihm zugestimmt haben. Das Europäische Parlament soll den Deal nun innerhalb von zwei Monaten ratifizieren. Ein zu straffer Zeitplan für das umfassende Partnerschaftsabkommen. Demokratische Kontrolle braucht mehr Zeit – zumal sich bereits jetzt problematische Inhalte im Abkommen abzeichnen, die künftig die demokratische Kontrolle der Handelsbeziehungen aushebeln.

Der Ratifizierungsprozess soll jetzt schnell gehen. So jedenfalls lautet der Wunsch der EU-Kommission und der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten. Dabei hatte das Europäische Parlament schon früh mehr demokratische Kontrolle des Verhandlungsprozesses eingefordert sowie ausreichend Zeit, um den Brexit-Deal prüfen zu können. Der Vorsitzende des Handelsausschusses Bernd Lange (SPD) schrieb dazu nach Abschluss des Deals beim Nachrichtendienst Twitter am 24.12.2020: „Deal hat faden Beigeschmack da Art der Verhandlungen keine Sternstunde für demokratische Beteiligung ist. Kein Zugang zu Verhandlungstexten für die Parlamente und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen – das ist nicht mehr zeitgemäß.“ Es ist allein schon ein Skandal, wie schlecht das Parlament offenbar in die Verhandlungen eingebunden war. Während anderer Verhandlungen in den letzten Jahren war das Parlament deutlich besser eingebunden und konnte Verhandlungstexte einsehen, etwa bei den Verhandlungen des EU-Japan Abkommens JEFTA.

Keine Zeit für Demokratie?

Die Brexit-Verhandlungen markieren in dieser Hinsicht einen bedauerlichen Rückschritt. Dass die Abgeordneten, die bis zu diesem Zeitpunkt völlig unzureichend eingebunden wurden, nun innerhalb von zwei Monaten über den Deal abstimmen sollen, ist eine Frechheit. Bei 1.250 Seiten Umfang und komplexen Sachverhalten sollte das Europäische Parlament mehr Zeit einfordern, um den ohne die Abgeordneten verhandelten Deal genau prüfen zu können.

Gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten sollten sie deutlich machen, dass das EU-Parlament sich nicht zur Abnick-Institution degradieren lässt. Dabei lastet ein immenser Druck auf den Abgeordneten. Denn sie können das Abkommen nur ablehnen oder ratifizieren. Wenn sie es ablehnen, führt dies zu einem No-Deal-Szenario, das keiner will. Auch hier gilt: Das EU-Parlament sollte sich das nicht gefallen lassen und stattdessen Änderungsmöglichkeiten am Abkommen einfordern. Sonst wird die angebliche demokratische Kontrolle des Brexit zur Farce.

Erinnerungen an TTIP: Ein „lebendiges Abkommen“

Doch nicht nur der Prozess ist problematisch, auch die Inhalte des Abkommens sind brisant. Sie könnten die demokratische Kontrolle der Handelsbeziehungen erschweren: Ähnlich wie das einst geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP sieht auch der Brexit-Deal vor, dass die Vertragsparteien das Abkommen permanent weiterentwickeln können. Man spricht von einem sogenannten lebendigen Abkommen (englisch: living agreement). Schon damals bei TTIP gab es einen Aufschrei dagegen, der dazu führte, dass die Verhandlungsführer die Vorschläge zurücknahmen.

Zahlreiche neue Gremien und Lobbyeinfluss

Für das lebendige Abkommen sind im Deal zahlreiche einflussreiche Gremien vorgesehen: der Partnerschaftsrat, der Handelspartnerschaftsausschuss, zehn weitere spezielle Handelsausschüsse und acht zusätzliche Ausschüsse zu spezifischen Themen des Abkommens sowie diverse Arbeits-

gruppen. Dazu gehört auch ein Handelssonderausschuss für Regulierungsfragen, der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU bei Regulierungen anstößt und jederzeit LobbyistInnen zu seinen Sitzungen einladen kann. Diese sogenannte regulatorische Kooperation war bereits in vergangenen Handelsabkommen äußerst umstritten. Sie könnte KonzernlobbyistInnen weitere Einflussmöglichkeiten auf die Gesetzgebung eröffnen. Damals bezeichnete die US-Handelskammer den Mechanismus als „ein Geschenk, das niemals seinen Wert verlieren wird“ (englisch: „a gift that keeps on giving“).

Ohne demokratische Kontrolle: Der Partnerschaftsrat

Doch damit nicht genug: Im Brexit-Deal thront ganz oben der sogenannte Partnerschaftsrat, der aus Regierungsbeamten aus Großbritannien und der EU besteht. Er kann eigenständig Änderungen am Handelsabkommen vornehmen und auch neue Gremien, zum Beispiel Ausschüsse, Arbeitsgruppen etc. für die Umsetzung des Abkommens schaffen.

Für Mitglieder des Europäischen und des britischen Parlaments ist zwar eine sogenannte parlamentarische Versammlung (Parliamentary Assembly) vorgesehen. Die kann aber lediglich Empfehlungen aussprechen und keine Entscheidungen herbeiführen. Somit bleibt der Partnerschaftsrat samt den damit verbundenen neuen Gremien außerhalb der parlamentarischen Kontrolle, obwohl er die weitreichende Befugnis hat, das Abkommen selbst zu verändern.

Wenn es ein lebendiges Abkommen gibt, dann müssen die dafür vorgesehen Entscheidungsgremien jedoch mindestens parlamentarisch kontrolliert werden. Andernfalls wird mit dem ausgehandelten Deal die Demokratie auf beiden Seiten des Kanals ausgehebelt. Um das zu verhindern, sollte man der parlamentarischen Versammlung eine Kontrollfunktion für den Partnerschaftsrat einräumen.

Brexit-Deal braucht umfassende parlamentarische Kontrolle

Es ist erfreulich, dass sich die EU und Großbritannien kurz vor knapp doch noch auf ein Partnerschaftsabkommen geeinigt haben. Lange schien dies nicht in Aussicht. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die parlamentarische Kontrolle der Handelsbeziehungen aufgehoben wird. Das Europäische Parlament sollte mehr Zeit erhalten, um den Deal zu prüfen und seiner Rolle als Demokratiewächter gerecht werden zu können. Wenn es das Abkommen ratifiziert, sollte es einfordern, dass es auch die künftigen Veränderungen am Abkommen gemeinsam mit dem britischen Parlament demokratisch kontrolliert. Andernfalls laufen wir Gefahr eine Blaupause für Handelsverträge zu schaffen, die unsere Demokratie aushebeln.

 Max Bank

Der Autor ist Campaigner bei LobbyControl und arbeitet zu Lobbyismus in der EU.

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

1/2021

GLOBALISIERUNG '21 NEUE REZEPTUR, ALTE PROBLEME

VERHANDLUNGEN IN ALLER STILLE

Globale Umweltdiplomatie
in Zeiten der Pandemie

› Seite 25

G7 UND G20 2021

Die Clubs der Reichen
und der Großen zwischen
Anspruch und Realität

› Seite 22

BREXIT-DEAL

Demokratische Kontrolle
bleibt auf der Strecke

› Seite 9

KLIMANEUTRALES EUROPA

Was kann ein Kohlenstoff-
grenzausgleich leisten?

› Seite 13

ISSN 1864-0982